



**University of
Zurich** ^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2019

Wo liegen die Grenzen der Humanität?

Kohler, Georg

Abstract: Flüchtlinge opfern alles, was sie haben, für ein besseres Leben. Das wirft Europa in ein Dilemma. Aber es ist zu lösen.

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-196510>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Kohler, Georg. Wo liegen die Grenzen der Humanität? In: Neue Zürcher Zeitung, 17 August 2019, 37.

Simone Lappert legt in ihrem neuen Roman die Abgründe einer Kleinstadt offen SEITE 38

Taiwan hat die Greuel seiner autoritären Vergangenheit aufgearbeitet – China steht dies noch bevor SEITE 41



Dürfen wir zulassen, dass Menschen sterben, weil sie sich ein besseres Leben erhoffen? Und falls nein, heisst das, es gibt keine Alternative zu offenen Grenzen? ALEXANDER KOERNER / GETTY

Wo liegen die Grenzen der Humanität?

Flüchtlinge opfern alles, was sie haben, für ein besseres Leben. Das wirft Europa in ein Dilemma. Aber es ist zu lösen. Von Georg Kohler

In diesem Sommer sind weniger, viel weniger – Flüchtlinge? Emigranten? Menschen? – über die Kluft gekommen, die Europa von Afrika trennt; das «Mittelmeer», wie es heisst, seit man es nicht mehr «Mare nostrum» nennen kann. Bei der Überfahrt in brüchigen Schlauchbooten und vermodernden Schiffen sind allerdings nicht weniger als früher gestorben. Die Route ist so gefährlich wie nie. Der Burggraben vor Europa scheint sich zu bewähren. Und es gibt zwei, drei «starke Männer», die versprechen, dass es so bleiben wird. In ihren Demokratien gewinnen sie die Mehrheit.

Sie wissen, dass ihre Rhetorik die der Feindschaft ist; gnadenlos und selbstzerstörerisch zugleich. Je mehr sie verkünden, das eigene Land zu schützen, desto mehr spalten sie es. Die Widersprüche vertiefen sich, aber Wahlen werden nicht verloren. Das sogenannte «Flüchtlingsproblem», das Europa seit etwa vier Jahren verstört, ist ein ideologischer Knoten, der sich mehr und mehr verhärtet, wenn man ihn nicht auflöst. Und es ist nicht allzu schwierig, die Motive zu erkennen, die diese Verknötung erklären.

Der Wille des Volkes

Zu unterscheiden sind drei Problemfelder. Erstens die Gegensätze zwischen fundamentalen Wertorientierungen und obersten politischen Zwecken, die für – auch liberaldemokratische – Staaten charakteristisch sind. Zweitens die Logik des Kampfes um die Mehrheit in der Massendemokratie von heute. Drittens jener Bereich, der eine vernünftige Auseinandersetzung um die richtige Politik und gangbare Wege in einer dilemmatischen Situation zulässt.

Dass ein Dilemma existiert, ist mit guten Gründen anzunehmen. Es ist zum einen der Gegensatz zwischen den Angehörigen der menschenrechtlich eingestellten Zivilgesellschaft und der möglichen demokratischen Mehrheit von

Staatsbürgern und -bürgerinnen, die über eine massenmedial funktionierende Öffentlichkeit zu den immer wieder nötigen institutionellen Entscheidungen finden muss. Die zwei Bevölkerungsgruppen sind nicht identisch, obwohl beide im selben sozialen Raum, dem Nationalstaat, leben.

Die normative Leitidee der humanitär motivierten Zivilgesellschaft ist ein ungeschmälerter Universalismus, der in zentralen Fragen mit der demokratisch legitimierten Staatsordnung kollidieren kann: dann, wenn deren Institutionen – beispielsweise im Namen der «Staatsräson» oder mit Hinweis auf den «Volkswillen» – Handlungen vollziehen (Grenzschliessungen, Wegweisungen «illegal Eingereister»), die aus anderem Blickwinkel betrachtet ganz und gar ungerecht erscheinen, da sie fremde Menschen von der Erfüllung elementarer Ansprüche ausschliessen. Und dabei dürfen sich die Universalisten stets auf Prinzipien berufen, die schon in die staatlichen Verfassungen eingebaut sind, gegen deren Institutionen sie protestieren.

Der andere Widerspruch, an den gerät, wer über Flüchtlingspolitik nachdenkt, ist also im ersten enthalten: weil der demokratisch-liberale, auf Grundrechten beruhende Einzelstaat der Gegenwart selbst auf eben die Werte und Normen verpflichtet ist (Menschenwürde, Menschengleichheit, personale Autonomie), die der humanitäre Universalismus verteidigen will.

Allerdings – und das ist der zentrale Punkt – gilt das hinsichtlich gewisser Ansprüche nur, solange durch sie die staatliche Ordnung aufzugeben. Wer die Konzepte der «Staatsräson» oder des «Volkswillens» ins Spiel bringt, beruft sich zuletzt auf diesen Gedanken

– auf mehr oder weniger subtile Weise; eine seiner besonders krassen Varianten lautet: «Wir können doch nicht ganz Afrika bei uns aufnehmen. Deshalb: Wehret den Anfängen!»

Darf, ja, muss man also seine Grenzen auch mit Gewaltmitteln schützen und schliessen wollen, wenn der entsprechende Verzicht den Untergang des eigenen Staates bedeutet? In solcher Zuspitzung der Lage wird das Dilemma evident – oder eher seine Lösung? Nur: Wann tritt diese Lage ein? Und wer soll das beurteilen? Bei dieser Frage beginnt das zweite Problemfeld. Es ist dadurch bestimmt, dass man in ihm Themen des Zugangs- und Bleiberechts fast unmittelbar mit dem Selbsterhaltungsproblem der staatlichen Gemeinschaft verknüpft.

Unbestritten gilt, dass solche Dinge – im Fall der Schweiz wie im Fall aller uns umgebenden Länder – demokratisch beantwortet werden müssen: durch die von der souveränen Gemeinschaft der Staatsbürger und -bürgerinnen legitimierten Institutionen und Organe. Der allerletzte Richter in der Entscheidung über die Humanität und ihre (Staats-) Grenzen ist in der Demokratie stets «das Volk». Oder exakter (und wie vermittelt auch immer): die Mehrheit seiner Angehörigen. Und um keine Missverständnisse zu provozieren, ist hinzuzufügen, dass diese umfassende Entscheidungsmacht immerhin von den Normen des zwingenden Völkerrechts begrenzt wird.

In der Demokratie ist der Hüter der guten Mitte zwischen Staatsräson und Bleiberecht am Ende also jeder und jede politisch Berechtigte – und damit den Dilemmata ausgeliefert, die zu dieser Kompetenz gehören. Eine besonders gute Nachricht ist das leider nicht. Denn die Formen des Streits um die entscheidende Mehrheit in der Massendemokratie von heute sind durch die Social Media auf eine Weise emotionalisiert und moralisch entwirrt worden, dass die Vorstellung einer fair und demokra-

tisch debattierenden demokratischen Öffentlichkeit illusorisch wirkt.

Im Kampf um Wählerstimmen sind jene sozialpsychologischen Gesetzmässigkeiten zu zentralen Instrumenten der Macht geworden, die – immer schon seit dem Niedergang der antiken Polis – von Demagogen bestens beherrscht worden sind. Wer über sie verfügt, vermag aus einem konkreten Wir-Bewusstsein (das zu entwickeln in der «Condition humaine» verankert ist) eine «Wir gegen sie»-Einstellung herauszutreiben und mit heftigsten Abwehremotionen auszurüsten, die äussere Feindgruppen erzeugt – und ebenso die eigene Bürgergemeinschaft zerrütet.

Das Lösbare lösen

Den Erfolg, den diese Politik der Feindschaft bei der Bewirtung des «Fremdenproblems» hat, braucht man nicht länger zu erläutern. «Gute Hirten» des Ausgleichs zwischen den Idealen der Menschlichkeit und den Härten staatlicher Grenzbehauptung scheinen in solchen Konstellationen keinen Platz mehr zu haben. Aber gibt es überhaupt noch sinnvoll und vermittelnd zu bearbeitende Handlungsfelder?

Ja, selbstverständlich. Sie markieren den dritten Problembereich. Fixiert auf letzte Wertkonflikte und betäubt durch aufputschende Rhetoriken werden mögliche – und schon jetzt funktionierende – Politiken kaum wahrgenommen und noch weniger diskutiert. Dass die Migrationsbewegung über den Balkan auffällig abgenommen hat, ist nicht einfach das Resultat Orbanscher Grenzzäune, sondern vor allem das Ergebnis des Türkei-Abkommens der EU von 2016.

Die Türkei ist verantwortlich für die dortigen Flüchtlingslager, dafür zahlen die Europäer Sozialhilfe für 1,4 Millionen Syrer und bauen Schulen. Analoges wäre auch im Hinblick auf die nordafrikanischen Mittelmeerstaaten denkbar.

Jedenfalls könnte hier viel mehr getan werden, als nur über die entsetzlichen Folterlager in Libyen zu klagen, dabei lediglich die dortigen Küstenwachen zu finanzieren und über die verbliebenen wenigen Rettungsschiffe zu wüten, die in erster Linie auf eine humanitäre Katastrophe aufmerksam machen.

Wer zugibt, dass es zwingend falsch wäre, wenn Staaten oder eine Staatengemeinschaft wie die EU ihre Grenzen für jede Zuwanderung offen hielten, der muss aus vielen, nicht nur moralischen Gründen darüber nachdenken, wie eine machbare, vernünftige Flüchtlings- und Immigrationspolitik zu gestalten ist. Eine Politik, die so notwendig wie möglich ist.

Das einzusehen und dabei zu erkennen, dass es eine neue supranationale Zusammenarbeit braucht, um Nachhaltiges zu schaffen, ist nicht besonders schwierig. Denn der Emigrationsdruck aus dem Süden wird nicht nachlassen; das Konzept «Dublin» ist gescheitert; Länder wie Griechenland und Italien sind von den weniger exponierten Staaten im Stich gelassen worden – und die Idee der Menschenrechte gehört zum kulturellen Fundament der europäischen Selbsterhaltung.

Natürlich: All dem Rechnung zu tragen, kostet Geld, viel Geld. Aber die Sache ist es wert. Haben wir uns das klargemacht, sind wir imstande, den nie ganz zu beschwichtigenden Konflikt zwischen letzten Werten auszuhalten und in ihm die richtige Mitte zu finden. Dem Dilemma der Grenzen der Humanität zu entgehen, ist uns auf der Welt, wie sie ist, nicht gegeben. Das Lösbare aber zu lösen und das Machbare zu tun, bleibt die menschlich mögliche Aufgabe des guten Hirten – und der guten Hirtin auch.

Georg Kohler lehrte politische Philosophie an der Universität Zürich. 2010 ist bei NZZ Libro sein Buch «Bürgertugend und Willensnation. Über den Gemeinsinn und die Schweiz» erschienen.